



Bundestagswahlforderungen der Bayerischen Jungbauernschaft e.V.

1. Forderungen des Arbeitskreises Agrarpolitik

1.1 Verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Zukunft

- Planungssicherheit für Junglandwirt:innen und Jungwinzer:innen
- Volatilitätscheck und Bindungsfristen für gesetzliche Regelungen und Maßnahmen in der Landwirtschaft
- Prüfung bestehender und künftiger Gesetze, Gesetzesinitiativen und -änderungen auf Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Klimaschutz und Tierwohl und Beseitigung der Zielkonflikte
- Vereinfachte Bewilligungsvorgänge für umwelt-, klima- und tierschutzrelevante Baumaßnahmen in der Landwirtschaft, dazu gehört unbedingt auch die Beibehaltung des privilegierten Bauens im Außenbereich
- Zugang zu Boden vereinfachen
 - Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch außerlandwirtschaftliche Personen und Unternehmen unterbinden
 - Junglandwirt:innen von der Grunderwerbssteuer befreien
 - Das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht reformieren, um die doppelte Belastung mit Grunderwerbssteuer abzuschaffen
 - Abschreibung landwirtschaftlicher Flächen ermöglichen
- Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, ...
 - dass das Finanzvolumen der europäischen Agrarpolitik erhalten bleibt.
 - dass EU-weit einheitliche Regelungen zu Tier-, Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft eingeführt werden und auf nationale Alleingänge verzichtet wird.
 - dass ausschließlich wissenschaftlich fundierte Maßnahmen mit ökologischer Wertigkeit in die zweite Säule der GAP aufgenommen werden.
- Präventive und vollständige Förderung von Herdenschutzmaßnahmen zur Vorbeugung von Wolfsangriffen
- Die Struktur psychosozialer Beratungsangebote für LandwirtInnen öffnen, ausbauen und durch staatliche Angebote ergänzen

1.2 Regionale Produkte

- Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Finanzierung von nationalem und internationalem Agrarmarketing zur Absatzförderung
- Direktvermarktung und Kampagnen der geschützten Herkunftsbezeichnungen stärken

1.3 Klimaschutz

- Anbau von Eiweißpflanzen, die Speicherung von CO₂ im Boden, den Einsatz von Smart Farming und die Gewinnung von Erneuerbaren Energien als Maßnahmen zum Klimaschutz anerkennen und fördern
- Ausbau von Speicherkapazitäten für Erneuerbare Energien fördern
- Eine Klimaberatung für Betriebe, um die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen und Potentiale zu erschließen



1.4 Digitalisierung– Das Update für die Landwirtschaft

- Unterstützung der Digitalisierung in der Landwirtschaft, sodass insbesondere auch die kleinstrukturierten bayerischen Familienbetriebe von ihren Vorteilen profitieren können
- Schaffung der Infrastruktur für die Digitalisierung durch flächendeckendes 4G-Netz

Noch zur Diskussion:

Förderung des Generationswechsels: Fiskalische Anreize zur Hofübergabe schaffen, bereits vorhandene Instrumente ausbauen und verpflichtend anwenden

2. Forderungen des Arbeitskreises Jugend- und Gesellschaftspolitik

Hauptforderung:

Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen

2.1 Erhalt der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

- Belebung bzw. Erhalt der Ortskerne durch
 - Renovierung statt Neubauten
 - bessere Anbindung von Neubaugebieten
- Garantie einer festen Grundversorgung im ländlichen Raum (z. B. Internetanbindung, ärztliche Versorgung, Lebensmittelgeschäfte, Gemeindeverwaltung, Banken) unabhängig von der Wirtschaftlichkeit
- Förderung der Ansiedlung von Behörden und zukunftsgewandter, klimafreundlicher Unternehmen auf dem Land, um Arbeitsplätze auf dem Land zu schaffen
- Bekämpfung des Landarzt- und Hebammensterbens
- Unterstützung der Ansiedlung von gemeinschaftlichen Arbeitsräumen auf dem Land zur Erleichterung von Homeoffice-Konzepten und Verringerung von Pendlerwegen
- Förderung von intelligenten, jugendgerechten und klimafreundlichen Mobilitätskonzepten (z. B. überregionale Vernetzung von Verkehrsverbänden, Rufbusse, Anbindung ländlicher Räume an die Ballungszentren, Ausbau der Fahrradwege, Unterstützung von Sharing-Angeboten, Nachtbusse), die auch für die junge Generation wieder attraktiv sind und so deutlich mehr genutzt werden
- (finanzielle) Unterstützung von gemeinschaftlichen Treffpunkten im Dorf (z. B. Sportstätten, Jugendtreffs, Kulturangebote) und insbesondere Förderung örtlicher Angebote in der Jugendarbeit

2.2 Regionalität und Nachhaltigkeit

- Sicherung der Nahversorgung und Stärkung regionaler Produkte durch stärkere Unterstützung der Landwirtschaft und dem Handwerk im ländlichen Raum
- Verbesserung des Marketings für regionale Produkte
- Vereinheitlichung der Kennzeichnung regionaler Produkte (Stichwort: Label-Dschungel)
- Bevorzugung regionaler und nachhaltiger Produzenten bei staatlichen Ausschreibungen



2.3 Förderung des Ehrenamts

- Langfristige Sicherung der Finanzierung der Jugendarbeit
- Einführung eines Ehrenamtsbeauftragten auf Landkreisebene zur Förderung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements
- Flächendeckende Einführung der Ehrenamtskarte sowie stärkere Bewerbung zur Gewinnung weiterer Kooperationspartner
- Bereitstellung eines Regionalbudgets zur Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten
- Mehr Zeit fürs Ehrenamt für Kinder und Jugendliche beispielsweise durch einen freien Mittwochnachmittag oder durch flexiblere Befreiungsmöglichkeiten vom Unterricht für ehrenamtliche Aktivitäten

2.4 Bildung

- Förderung der Digital- und Medienkompetenz durch bundesweit einheitliche Konzepte
- Herkunftsunabhängige gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche
- Ausgleich von Nachteilen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien (z. B. durch individuelle Unterstützungsmaßnahmen)
- Erhalt von Dorfschulen, um zu weite Schulwege zu vermeiden und Ausbau der finanziellen Unterstützung für Fahrtkosten bis zur 13. Jahrgangsstufe
- Stärkung der Demokratiebildung in allen Schulformen zur Förderung der Urteilsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung internationalem Austausch und interkulturellem Lernen

2.5 Rechte von Kindern und Jugendlichen

- Verankerung der Kinderrechte ins Grundgesetz
- Förderung der Chancengleichheit für Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien (z. B. kein Abzug von Sozialhilfeleistungen durch 450-Euro-Job der Jugendlichen)

Wichtig ist:

Gemeinwohl vor wirtschaftlichem Interesse!

Politik sollte sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und nicht an dem Ziel der Gewinnmaximierung.